

## Antrag

der Abgeordneten Agnes Malczak, Omid Nouripour, Kai Gehring, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Viola von Cramon-Taubadel, Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Katja Keul, Ute Koczy, Tom Koenigs, Agnes Krumwiede, Monika Lazar, Jerzy Montag, Kerstin Müller (Köln), Tabea Rößner, Claudia Roth (Augsburg), Krista Sager, Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Wehrpflicht beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine weitere Verkürzung der Wehrdienst- und Zivildienstdauer ist nach Einschätzung aller Betroffenen nicht zielführend. Die Wehrpflicht muss beendet werden. Die Allgemeine Wehrpflicht ist sicherheitspolitisch nicht mehr begründbar. Sie widerspricht in ihrer heutigen Umsetzung dem verfassungsrechtlich gebotenen Gleichheitsgrundsatz. Eine Verkürzung der Wehrpflicht ändert daran nichts. Die Wehrpflichtoption des Grundgesetzes muss ausgesetzt und der Umbau der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee muss zügig vorangetrieben werden. Analog muss die Konversion des Zivildienstes in die Wege geleitet werden. Wir brauchen eine Offensive für sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze und parallel hierzu den Ausbau von Freiwilligendienstplätzen sowie eine verbesserte Förderung des bürgerschaftlichen Engagements.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. von den Plänen zur Verkürzung der Wehrpflichtdauer Abstand zu nehmen und stattdessen zügig und mit einem klaren Zeitplan ein Konzept zur Aussetzung der Wehrpflicht und zum Umbau der Bundeswehr zu einer Freiwilligenarmee vorzulegen,
2. einhergehend mit der Aussetzung der Wehrpflicht die Konversion des Zivildienstes einzuleiten mit Maßnahmen zur Schaffung und Besetzung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze und dem Ausbau und der qualitativen Stärkung der Freiwilligendienste.

Berlin, den 20. April 2010

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**

## Begründung

Die Wehrpflicht ist ungerecht und sicherheitspolitisch nicht notwendig. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tritt daher für die Abschaffung der Wehrpflicht ein. Als einen ersten Schritt fordert sie ihre Aussetzung und konkrete Pläne zur Schaffung einer Freiwilligenarmee. So schnell wie möglich will sie aus dieser unzeitgemäßen Wehrform endgültig aussteigen.

Von einer Allgemeinen Wehrpflicht kann in Deutschland faktisch nicht mehr die Rede sein. Nicht mal die Hälfte der jungen Männer eines Jahrgangs wird zum Wehr- oder Zivildienst eingezogen. Hierdurch sind sie gegenüber gleichaltrigen Männern und Frauen – beispielsweise durch Verzögerungen bei Ausbildung und Studium – deutlich benachteiligt. Dieses Gerechtigkeitsproblem könnte auch durch die zu erwartenden höheren Einberufungszahlen im Zuge der Wehrdienstverkürzung auf sechs Monate nicht ausgeräumt werden.

Auch sicherheitspolitisch ist die Wehrpflicht nicht zu rechtfertigen. Die Aufgabenschwerpunkte der Bundeswehr haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verschoben. Nicht mehr die territoriale Landesverteidigung, sondern die Teilnahme an UN-mandatiertes multilateraler Krisenbewältigung ist für die Bundeswehr heute strukturbestimmend. Es ist klar, dass hierbei Grundwehrdienstleistende nicht eingesetzt werden. Auch für die spezialisierten Tätigkeiten in Deutschland reichen die Qualifikationen nach der kurzen Grundausbildung nicht aus, so dass den Grundwehrdienstleistenden nur wenig attraktive und sinnvolle Aufgaben übertragen werden können. Demgegenüber stehen die erheblichen Ressourcen, die durch die Ausbildung der Grundwehrdienstleistenden und durch die Wehrrfassungs-, Musterungs- und Einberufungsverwaltung gebunden werden. Dieser Ressourcenaufwand ist unverhältnismäßig. Die meisten europäischen Länder haben aus dieser veränderten sicherheitspolitischen Situation längst die Konsequenzen gezogen und ihre Streitkräfte inzwischen zu Freiwilligenarmeen umgebaut.

Es wäre verfassungsrechtlich bedenklich, würde man die Beibehaltung der Wehrpflicht vorrangig mit dem Ziel der Nachwuchsgewinnung begründen. Unter Effizienzgesichtspunkten handelt es sich bei der Wehrpflicht außerdem um ein unverhältnismäßig teures Nachwuchsgewinnungsprogramm.

Die Integration der Bundeswehr in die Gesellschaft gelingt auch ohne die Wehrpflicht. Es wäre eine Überforderung der Wehrdienstleistenden, ihnen die Verantwortung für die Integration und Verzahnung von Bundeswehr und Gesellschaft aufzubürden. Die gesellschaftliche Integration ist stattdessen durch die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung der Prinzipien der Inneren Führung in allen Bereichen der Bundeswehr zu gewährleisten.

Der Zivildienst begründet sich als Ersatzdienst zum Wehrdienst. Dass – entgegen dem Gebot der Arbeitsmarktneutralität des Zivildienstes – Einrichtungen im sozialen und pflegerischen Bereich eine Abhängigkeit von Zivildienstleistenden sehen, kann nicht als Begründung für den Erhalt der Wehrpflicht dienen. Alternativen müssen durch eine Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze und der gezielten Förderung freiwilligen Engagements entwickelt werden.